

Antrag

der Abgeordneten Markus Löning, Ulrich Heinrich, Dr. Karl Addicks, Dr. Werner Hoyer, Daniel Bahr (Münster), Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Hans-Michael Goldmann, Dr. Karlheinz Gutmacher, Dr. Christel Happach-Kasan, Birgit Homburger, Dr. Heinrich L. Kolb, Jürgen Koppelin, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Eberhard Otto (Godern), Detlef Parr, Gisela Piltz, Dr. Andreas Pinkwart, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Jürgen Türk, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Telekommunikationsmärkte liberalisieren – Digitale Spaltung überwinden

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Möglichkeit, mit Hilfe moderner Technologien zu kommunizieren, ist eine wichtige Frage der Teilhabe an der globalen Gesellschaft, an den Möglichkeiten für wirtschaftliche Entwicklung und Wohlstand. Seitdem Internet und andere neue Technologien sich in den Industrieländern rasant ausgebreitet haben, gibt es eine Diskussion darüber, wie die Länder der sich entwickelnden Welt an den Vorteilen dieser Entwicklung teilnehmen können. Das wird zunehmend auch als eine wichtige Aufgabe von Entwicklungspolitik gesehen.

Die Vereinten Nationen haben im März 2005 einen „Digital Solidarity Fund“ aufgelegt, aus dem Menschen und Länder dabei unterstützt werden sollen, die neuen Informationstechnologien nutzen zu können. Gedacht wird dabei vor allem an Internetzugänge. Im September 2005 soll über die Finanzierung des Fonds diskutiert werden. Ein Vorschlag ist dabei, eine „digitale Solidaritätsabgabe“ in Höhe von 1 Prozent auf die Gewinne, der Telekommunikationsfirmen, die in Entwicklungsländern tätig sind. Diese Art der Finanzierung würde ausgerechnet die Firmen bestrafen, die in die Telekommunikationsinfrastruktur der Entwicklungsländer investieren. Darüber hinaus ist die Frage der einheitlichen Erhebung der Steuer mehr als fraglich.

Es stellt sich auch die Frage, ob es richtig ist, Internetzugänge als oberste Priorität zu behandeln. Dagegen sprechen zum Beispiel fehlende Stromversorgung, weit verbreiteter Analphabetismus gerade in den ärmeren Regionen der Entwicklungsländer und die verhältnismäßig hohen Kosten für die technische Ausrüstung. Sehr viel näher liegend ist es, zunächst auf eine stärkere Ausbreitung von Mobiltelefonen zu setzen. Speziell für die Märkte der Dritten Welt werden von einigen Anbietern zurzeit besonders kostengünstige Geräte entwickelt, auch spezielle Abrechnungsmodi für ärmere Länder werden angeboten. Die Firmen

bieten also angepasste Technologie an. Zwei Millionen Inder kaufen z. B. zurzeit jeden Monat ein Mobiltelefon.

Das größte Hindernis bei der Verbreitung mobiler Telefonie sind nicht mangelnde Mittel der Bevölkerung, sondern mangelnde Möglichkeiten der Anbieter. In zu vielen Ländern bestehen noch staatliche oder andere Telekommunikationsmonopole, die einen Wettbewerb der Anbieter zu Gunsten der Kunden verhindern. Die Monopole begünstigen Korruption und behindern die Ausbreitung mobiler Telefone. So gibt es im Kongo z. B. sechs Mobilfunknetze, in Äthiopien nur ein einziges. Trotz eines gleich niedrigen Pro-Kopf-Einkommens von nur 100 US-Dollar in beiden Ländern, gibt es im Kongo zwei Telefone pro 100 Einwohner, während es in Äthiopien nur 0,13 sind.

Der Aufbau von Mobilfunknetzen wird in freien Märkten von den Anbietern finanziert und erfordert daher keine staatlichen Zuschüsse. Zudem bieten Firmen, die in Entwicklungsländern tätig sind, angepasste Geräte und Tarife an. Eine finanzielle Unterstützung dieser Entwicklung ist zurzeit nicht notwendig. Die Aufgabe der Entwicklungspolitik liegt vielmehr in der Beratung von Regierungen beim Abbau von Hindernissen für den Aufbau einer modernen Telekommunikationsinfrastruktur. Die Hindernisse liegen im Wesentlichen in Monopolstrukturen oder übermäßiger Regulierung, die in der Regel auch noch die Korruption fördern. Die Erfahrung zeigt, dass Wettbewerb ein elementarer Motor von Entwicklung auch im Telekommunikationssektor ist.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich in der UN dafür einzusetzen, dass bei der Überwindung der digitalen Spaltung zunächst auf die Entwicklung von Mobilfunknetzen gesetzt wird;
2. sich jeder Form von Finanzierung des „Digital Solidarity Fund“ zu widersetzen, die durch zusätzliche Abgaben von den Firmen finanziert werden sollen, die in Entwicklungsländern in die Telekommunikationsinfrastruktur investieren;
3. darauf zu drängen, dass der „Digital Solidarity Fund“ sich vor allem mit der Beratung von Regierungen bei der Liberalisierung ihrer Telekommunikationsmärkte beschäftigt;
4. in ihrer eigenen Entwicklungspolitik ebenfalls die Entwicklung von Mobilfunkmärkten zu unterstützen, in denen mehrere Firmen zum Vorteil der Kunden im Wettbewerb miteinander stehen;
5. Regierungen in Entwicklungsländern auf Grund der deutschen und europäischen Erfahrungen bei der Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes Beratung anzubieten.

Berlin, den 12. April 2005

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion